

**MAESSE, JENS**

**ZUR POLITISCHEN LOGIK VON KONSENSDISKURSEN AM BEISPIEL DES BOLOGNA-PROZESSES: EINE DISKURSANALYSE**

Jens Maeße, Otto-v-Guericke-Universität Magdeburg, Institut für Soziologie,  
jensmaesse@gmx.de

SEKTION POLITISCHE SOZIOLOGIE: AKTUELLE FORSCHUNG ZUR POLITISCHEN  
SOZIOLOGIE

Im Zuge von Globalisierung, Internationalisierung und Europäisierung verändert sich die politische Landschaft zunehmend. Es betreten nicht neue Akteure das Feld. Auch traditionell nationalstaatliche Politikprozesse werden zunehmend von Internationalisierungsschüben erfasst. Im Bildungsbereich ist der Bologna-Prozess eines der wohl prominentesten Beispiele für diese Entwicklung. Folgen wir dem Konzept der „Neuen Staatsraison“ (vgl. Martens/Wolf 2006), dann wenden sich nationale Regierungen an internationale Organisationen, um innenpolitische Widerstände in komplexen institutionellen Feldern zu brechen. Die internationalen Organisationen übernehmen die Rolle von Stichwortgebern und legislativen Instanzen. Damit eröffnen sich für die jeweilige nationale Exekutive neue Handlungsspielräume gegenüber innenpolitischen Gegenspielern. Auch im Bologna-Prozess wurde eine transnationale Instanz als „externer Hebel“ (Martens/Weber 2006: 148) für die Durchsetzung spezifischer Reforminhalte etabliert. Doch wie wurde die internationale Organisation als „externer Hebel“ in den innerstaatlichen Konflikten eingesetzt? Welche politische Dynamik entfaltete diese transnationale institutionelle Konstellation?

In meinem Vortrag will ich zeigen, wie die „Neue Staatsraison“ im nationalstaatlichen institutionellen Gefüge des Bildungsföderalismus Deutschlands einen Konsensdiskurs etabliert hat. Der Konsens funktioniert im Falle des Bologna-Prozesses nicht als Resultat von Entscheidungsfindungen durch „Politikverflechtung“ (Scharpf 1978), sondern als Ausgangspunkt politischer Prozesse (siehe ausführlich Maeße 2008). Anhand einer Diskursanalyse eines Textausschnitts werden die Regeln und Mechanismen von Konsensdiskursen herausgearbeitet. Es wird gezeigt, wie Texte im Zuge ihrer Diskursivierung unterschiedliche Instanzen des institutionellen, ideologischen und historischen Kontextes mobilisieren und dadurch den politischen Raum auf eine für Konsensdiskurse typische Art und Weise aufteilen bzw. „hegemonialisieren“ (Laclau/Mouffe 2001). Dafür soll auf die „äußerungstheoretische Diskursanalyse“ (vgl. Angermüller 2007) und auf die zurückgegriffen werden. Die Analyse wird von vier zentralen Fragestellungen angeleitet: Wer spricht und welche Form politischer Subjektivität lässt sich herausarbeiten? Wie wird der Ort der politischen Entscheidung diskursiv ins Spiel gebracht? Wie wird der politische Widersacher im Diskurs positioniert? Welche politischen Orte evoziert der Diskurs darüber hinaus? Abschließend soll danach gefragt werden, welche Effekte eine solche diskursiv-hegemoniale Konsensformation im politischen Feld zeitigen kann.